

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 20. Jahrgang, Nr. 9, 30. April 2003

Einblicke

Kunstraub

Von Heiner Lichtenstein

Der Raub von Kunstwerken gehört zur Kulturgeschichte zumindest des alten Kontinents. Römische Kaiser raubten und plünderten mit Beginn ihrer Eroberungskriege Preaneste, Volsinii und Syrakus. In Triumphbögen wurde die Beute nach Hause geschleppt und dem schaulustigen Volk präsentiert. Berüchtigt ist die Sacco di Roma von 1527, als spanische und deutsche Söldner Kaiser Karls V. Rom ausraubten und verwüsteten. Napoleon schaffte aus allen von ihm heimgesuchten Staaten unersetzliche Bibliotheken, Archive, Privatsammlungen und museale Schätze nach Paris, weil er glaubte, den Mittelpunkt der zivilisierten Welt von Rom in die französische Hauptstadt verlegt zu haben. Was sich derzeit in Bagdad unter den Augen der Alliierten abspielt, ist also keineswegs einmalig, deshalb aber selbstverständlich durch nichts zu rechtfertigen.

Doch all diese Verbrechen stellten Deutsche vor 70 Jahren in den Schatten. Freiwillig plünderten sie die Bibliotheken und Büchereien ihrer eigenen Landsleute, schleppten die Beute auf Scheiterhaufen, die sie vorher selbst aufgeschichtet hatten, steckten sie in Brand und verhöhnten brüllend und lachend deren Autorinnen und Autoren. Tausende deutsche Schriftsteller, bildende Künstler, Theaterleute, Komponisten, Publizisten, Filmschaffende und Wissenschaftler verließen fluchtartig ihre Heimat in eine ungewisse Zukunft. Angeblich verbrannten in den Flammen – wie NS-Propagandaminister Joseph Goebbels formulierte – Dekadenz und moralischer Verfall, Unzucht und Sittenlosigkeit, Geschichtsfälschung und Herabwürdigung großer Gestalten. Tatsächlich zerstörte der akademische Nachwuchs viele Grundlagen dessen, was er für seine eigene Zukunft dringend brauchte. Am 10. Mai 1933 wurde schaurige Wirklichkeit, was Heinrich Heine 100 Jahre zuvor prophetisch gesagt hatte: Wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch Menschen. Heine konnte die Verbrennungsöfen nicht vorhersehen, aber sie folgten dem 10. Mai 1933 beinahe zwangsläufig.

Husarenstreich

Jean Marie Le Pen, der Chef des französischen Front National, setzt sich gegen seine aufmuckende Parteibasis durch.

Seite 3 ■

Braune Mobilmachung

Neonazis demonstrieren in Neumünster gegen die Wehrmachtsausstellung.

Seite 5 ■

Anonyme Drohbriefe

Die „Kameradschaft Aachener Land“ ist mittlerweile fest ins rechtsextreme Netz eingebunden.

Seite 6 ■

Terroraktionen geplant

Der russische Schriftsteller und Nationalbolschewist Eduard Limonow wurde zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.

Seite 9 ■

Passionierter Spieler

US-amerikanischer Rechtsextremist hat seine Anhänger um Spendengelder geprellt

Seite 10 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel

Redaktion: Gabriele Nandlinger

Hintergrund**Flammende Verbote**

Vor 70 Jahren: Die Bücherverbrennung durch die Nationalsozialisten.

„Ich stand vor der Universität, eingekeilt zwischen Studenten in SA-Uniform, den Blüten der Nation, sah unsere Bücher in die zuckenden Flammen fliegen und hörte die schmalzigen Tiraden des kleinen abgefeimten Lügners. Begräbniswetter hing über der Stadt. Plötzlich rief eine schrille Frauenstimme: 'Dort steht ja der Kästner!' Eine junge Kabarettistin, die sich mit einem Kollegen durch die Menge zwängt, hatte mich stehen sehen und ihrer Verblüffung übertrieben laut Ausdruck verliehen.“ So erinnerte sich der Schriftsteller Erich Kästner an den 10. Mai 1933 in Berlin (Erich Kästner, Bei Durchsicht meiner Bücher).

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda war persönlich auf den Berliner Opernplatz gekommen und hielt vor 40 000 Frauen und Männern eine Ansprache, die vom Rundfunk übertragen wurde. In der ersten Reihe standen die „Ältesten“ der Studentenschaft und Professoren der Germanistik in Talaren. Lastwagen und Ochsenkarren hatten zuvor Bücher von Linken, Liberalen und Juden rund um einen vorbereiteten Scheiterhaufen gebracht. Während „Rufer“, das waren Studenten oder Professoren, verkündeten, warum die Bücher dieser und jener Autoren verbrannt würden, flog die Literatur in die Flammen. Bei Kästner lautete der „Feuerspruch“: „Gegen Dekadenz und moralischen Verfall! Für Zucht und Sitte in Familie und Staat! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Heinrich Mann, Ernst Glaeser und Erich Kästner.“ Vor ihm waren symbolisch für marxistische Kollegen Bücher von Karl Marx und Karl Kautsky auf den Scheiterhaufen geschleudert worden, nach Kästner, Mann und Glaeser folgte wegen „Gesinnungslumperei“ Friedrich Wilhelm Förster, nach ihm war wegen „seelenzerfasernder Überschätzung des Trieblebens“ Sigmund Freud an der Reihe, gefolgt von Emil Ludwig und Werner Hegemann wegen „Verfälschung unserer Geschichte“, dann wegen „volksfremdem Journalismus demokratisch-jüdischer Prägung“ Theodor Wolff und Georg Bernhard, wegen „literarischem Verrat am Soldaten des Weltkrieges“ Erich Maria Remarque, wegen „dünnhafter Verhöhnung der deutschen Sprache“ Alfred Kerr und schließlich wegen

„Frechheit und Anmaßung“ Kurt Tucholsky und Carl von Ossietzky.

Wegen dieser Veranstaltung mit Goebbels in der Reichshauptstadt gilt der 10. Mai 1933 als „Tag der Bücherverbrennung“. Tatsächlich waren in anderen Universitätsstädten schon Tage und Wochen zuvor den Nazis unliebsame Bücher verbrannt worden. In Düsseldorf hatte man es besonders eilig. Die Flammen loderten hier bereits am 11. April, in Weimar schien man anfangs gezögert zu haben. Dort wurde der demokratische Geist sinnbildlich am 21. Juni in die Flammen geschleudert.

Vorbereitet hatten nationalistische Gruppen ihren Kampf gegen die Meinungsfreiheit bereits Jahre zuvor in der Weimarer Republik. Mit Hilfe eines Gesetzes gegen Schmutz und Schund waren immer wieder Bücher, Hefte und Artikel verboten worden. Mit der Machtübergabe an Hitler wurde der Kampf gegen kritische Publizisten offen und radikal. Sie wurden aus Berufsvereinigungen, Akademien und dem öffentlichen Dienst ausgeschlossen. Der neue Staat stand jetzt schließlich auf der Seite der Zensur. Allein in Berlin soll die Polizei 10 000 Zentner „marxistische“ Literatur beschlagnahmt haben. Am radikalsten ging es in Universitätsstädten zu. Dort sah man sich als „Hort des deutschen Volkstums“. Rechtsradikale Studenten und Professoren hatten vielerorts lange vor dem 30. Januar 1933 schwarze Listen angelegt, die mit Hitlers Machtantritt nur aus der Schublade genommen werden mussten. Im Nu gab es im Frühjahr 1933 Säuberungslisten, die vom Lehrerbund bis zur Hitler-Jugend an Buchhandlungen und Bibliotheken geschickt wurden. Nach Aufrufen in der Presse brachten ungezählte Privatleute Bücher aus ihren Schränken und Regalen zu den Scheiterhaufen.

Wie bei fast allen Gewalttaten der Nazis regte sich kaum Widerstand. Buchhandel und Verlagswesen passten sich über Nacht an. Das „Bildungsbürgertum“ sah in der Bücherverbrennung einen studentischen Bierulk. Im Ausland blickte man eher amüsiert auf das studentische Treiben in Deutschland. Die meisten der „verbrannten Dichter“, wie Jürgen Serke sein bemerkenswertes Buch genannt hat, wussten, was zu tun war. Wer konnte, verließ fluchtartig seine Heimat in der Gewissheit, es im Ausland schwer zu haben. Schriftsteller leben von ihrer Sprache. Ohne sie sind sie stumm. Dennoch gab es die große Flucht, die in vielen Staaten kaum verstanden wurde. Dazu musste erst der Novemberpogrom 1938 kommen. *Heiner Lichtenstein*

Ausland

„Störenfriede“

**Die alte Garde des Front National wider-
setzt sich der von Parteichef Le Pen ge-
planten „dynastischen Erbfolge“.**

Es ging zu „in aller Freundschaft, in Eintracht, gegenseitiger Zuneigung und mit Liebe zum Chef“. Vor allem wohl mit Liebe zum Chef, denn beim Front National zählt letztendlich – na ja, hauptsächlich der Chef. Und weiter: „Das bedeutet, es gab keinen Konflikt, keine Toten, keine Verletzten, und niemand ist ins Loch gefallen. Es wird einige Angeschmierte geben, aber das gehört nun mal dazu.“ So äußerte sich der Parteivorsitzende Jean-Marie Le Pen in der Nacht vom Sonntag zu Montag, gegen ein Uhr, am Rande des FN-Parteitages gegenüber den in Nizza anwesenden Pressekorrespondenten. Der innerparteiliche Ton sollte freundlich und die Atmosphäre entspannt wirken.

Am verlängerten Osterwochenende fand in Nizza der 12. Parteitag des Front National statt. Orts- und Datumswahl waren alles andere als ein Zufall. Denn der Ostermontag war zugleich der erste Jahrestag des überraschenden Wahlsieges von Jean-Marie Le Pen im ersten Durchgang der französischen Präsidentschaftswahl vom vergangenen Jahr. Damals war Le Pen mit rund 17 Prozent Stimmenanteil in die Stichwahl gegen den bürgerlichen Staatspräsidenten Jacques Chirac eingezogen.

Zugleich bildete das Département Alpes-Maritimes – dessen Hauptstadt Nizza ist – jenen Bezirk, in dem Le Pen bei diesen Wahlen am höchsten abschnitt. Nizza, mit seinem hohen Anteil ehemaliger französischer Algeriensiedler, bleibt nach wie vor eine streng rechte Hochburg. Die beiden Demonstrationen (mit regionaler Mobilisierung), die am Samstag sowie am Montag – mit sozialdemokratischer Parteiprominenz – stattfanden, vereinigten nur jeweils 1000 beziehungsweise 600 Personen. Nicht zuletzt bleibt Nizza, die sechstgrößte Stadt Frankreichs, von einem Bürgermeister regiert, der bis 1994 selbst Jahrzehnte lang dem FN angehört hatte. Seit 1996 ist Jacques Peyrat, der ehemalige Algerienkrieger und Gefährte des Unteroffiziers Le Pen, jetzt Mitglied der konservativen Rechten. Die Demonstrierenden vom Oster-samstag riefen entsprechend: „Le Pen, hau ab – aber nimm Peyrat mit!“

Im März 2004 will Le Pen hier bei den Regionalparlamentswahlen antreten, um Präsident der Region PACA (Provence-Alpes-Côte d'Azur) zu werden. Und manche Beobachter rechnen ihm dabei sogar Chancen aus, so der gaullistische Altpolitiker Philippe Séguin. Zugleich ergab eine Umfrage des Ipsos-Instituts von Mitte April dieses Jahres, dass 69 Prozent der Befragten es für „gut möglich“ halten, dass ein FN-Kandidat erneut in die Stichwahl einer Präsidentschafts-Entscheidung kommen könne.

Wenig beruhigend für seine derzeitigen innerparteilichen Widersacher konnte es klingen, als Le Pen in der Nacht zum Montag tönte: „Das erinnert mich an die Spaltung von 1998“ – bei der Le Pen und sein ehemaliger Chefideologe Bruno Mégret sich als Rivalen gegenüber standen – „und dieses Mal weiß ich, was zu tun ist!“ Die momentanen „Störenfriede“, das sind andere als jene von 1998. Damals war es der größere Teil der jüngeren – das heißt, in den Mittvierzigern befindlichen – und gut ausgebildeten Kader der Partei, die sich gegen den Chef aufgelehnt hatten. Heute ist es die alte Garde der Partei, die im Visier steht. Sie ist seit der Gründung 1972 dabei und hat teilweise Le Pen seit dem Algerienkrieg begleitet. Sie widersetzt sich jetzt ihrem alternden Chef. Nicht aus Prinzip, aber weil sie dessen Versuch ablehnt, beim FN eine „dynastische Erbfolge“ an der Parteispitze einzufädeln. Denn Jean-Marie Le Pen setzt derzeit alles daran, seine jüngste Tochter Marine Le Pen – 34 Jahre, ehemalige Anwältin, seit 1998 Leiterin der eigens für sie geschaffenen Rechtsabteilung des FN – als seine Nachfolgerin einzusetzen.

■ Neuer Vize-Präsidentinposten für die Tochter ■

Marine Le Pen war die „Entdeckung“ der Fernsehsender vor den Wahlen im Frühjahr 2002. Damals kam zum ersten Mal ihr Rednerinnentalent zum Vorschein. Seitdem wird sie in den Medien reihum gereicht. Zugleich soll sie – als Frau, junge Mutter und Geschiedene – dem Front National ein modernes Image verpassen. Moderner jedenfalls, als die in die Jahre gekommenen fanatischen Messdiener und Veteranen diverser Kolonialkriege es vermögen, die heute noch das Gesicht des Front National prägen.

Derzeit ist Marine Le Pen vor allem auch dahingehend aktiv, in Wirtschaftskreisen um Sympathie

für ihre Partei zu werben. So nahm sie im Oktober 2002 an einer Diskussion in der Wirtschaftshochschule HEC zum Thema „Populismus“ teil, neben dem Versicherungsmagnaten Claude Bébéar, der 2001 mit seiner Warnung vor einem „Selbstmord der weißen Rasse“ durch Geburtenschwund Aufmerksamkeit erregt hatte. Nicht zuletzt hat Marine Le Pen auch angekündigt, ihrer Partei in Sachen Europapolitik eine Modernisierungskur zu verpassen, da die alte Linie des schlichten Nein zu den EU-Verträgen heute kaum noch durchzuhalten ist.

Doch die „alten Kämpfer“ wollen keine Thronerbin, die nicht ihrerseits die „Ochsentour“ der Kaderarbeit auch in widrigen Zeiten durchlaufen hat. Die Anhänger des Generalbeauftragten des Front National, Bruno Gollnisch, – der als offizieller Anwärter auf die Nachfolge von Parteichef Le Pen gilt – hatten im Vorfeld des Kongresses alles getan, um bei der Delegierten-Auswahl darauf zu achten, dass Marine Le Pen wenig Unterstützung genießen sollte. Dabei konnten sich die Gollnisch-Unterstützer und die „alte Garde“ vor allem auf den katholisch-fundamentalistischen Flügel stützen, für den Marine Le Pen – geschieden mit drei Kindern, und seit kurzem mit dem FN-Jungpolitiker Eric Iorio wieder verheiratet – ohnehin einen schändlichen Lebenswandel treibt.

■ „Einige Angeschmierte gehören dazu“ ■

Bei der Wahl des 100-köpfigen Zentralkomitees des FN, des dritthöchsten Parteigremiums, am Ostersonntag konnten die gegenüber Marine Le Pen feindlich gesinnten Kräfte beinahe durchmarschieren. Prompt griff Jean-Marie Le Pen zu einem Husarenstreich. Per eigenmächtiger Verfügung entschied er, das Politische Büro – die zweithöchste Instanz – kurzerhand von 40 auf 50 Mitglieder zu vergrößern, und die zehn zusätzlichen Sitze den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seiner Tochter zuzuschanken. Am Montag dann ernannte Jean-Marie Le Pen seine Tochter Marine auch noch zur Vizepräsidentin der Partei – einen Posten, den es bisher gar nicht gab, da der Chef keine „Nummer Zwei“ neben sich dulden wollte. Die nunmehrige FN-Vizepräsidentin wurde von ihrem Vater zugleich auch in das Exekutiv-Büro, die allerengste Führungsinstanz rund um den Parteichef, gehievt. Das sorgte für lange Mienen bei ihrem Widersacher Bruno Gollnisch und dessen Anhängern.

Bernhard Schmid

Aktivitäten

Abgekupfert

Rechte Internetseite im globalisierungskritischen Outfit.

„Die Stimme der Völker. Keine Lobbys, keine Regierung“, mit dieser an globalisierungskritische Slogans erinnernde Parolen werben die Betreiber der Internetseite Altermedia.online auf ihrer Startseite. Auch die Selbstdarstellung legt diesen Eindruck zunächst nahe. Im Jargon der längst verblichenen Alternativbewegung heißt es dann noch: „Wir sind Rothäute, die es ablehnen, in die indianische Vernichtung zu gehen.“

Doch schnell ist erkennbar, dass es sich hier um einen rechten Versuch handelt, das linke Internetmagazin Indymedia zu kopieren. „Patrioten oder Nationalisten, Radikale oder Konservative, Nationalrevolutionäre oder Identitätswahrer, Freidenker oder Neue Rechte, Traditionalisten, Heiden, Katholiken, Sympathisanten der palästinensischen Freiheit, Umweltschützer oder Freunde alternativer Musik, völkische Sozialisten und Globalisierungsgegner“ werden als Zielgruppe genannt. Die Internetseite des Nationalen Widerstand Thüringen wird hier ebenso vorgestellt, wie eine neues rechtes Magazin namens „Widerhall“. Die Mobilisierung zur NPD-Demonstration am 1. Mai in Berlin findet ebenso Platz wie ein Artikel aus der Wochenzeitung „Junge Freiheit“, in dem sich CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer mit seinem Lieblingsthema, der Ausländerkriminalität, beschäftigt. Doch auch Texte aus anderen politischen Spektren werden bei Altermedia veröffentlicht, wenn sie mit rechten Anschauungen zumindest partiell vereinbar sind. So wird der Boykott von US-Produkten, wie er im Zuge der Irakkriegsdebatte verstärkt diskutiert wird, ausführlich dargestellt. Auf der Homepage verweisen Links auf rechte Internetseiten aus neun Ländern, die am Projekt Altermedia beteiligt sind.

Anders als bei Indymedia entfällt bei seinen rechten Pedanten das Open-Posting, das unzensurierte Publizieren durch Internetnutzer. Alle Beiträge müssen an die Altermedia-Redaktion gemailt werden, die dann über eine Veröffentlichung entscheidet. Damit soll wohl auch verhindert werden, dass die Seite durch offen antisemitische und rassistische Texte ins Visier der Justiz gerät. Peter Nowak

Aktivitäten

„Schandausstellung“

Neonazis mobilisieren in Neumünster gegen die Wehrmachtsschau. Schützenhilfe leistet auch die örtliche FDP.

Das Ansehen der Wehrmachtssoldaten wollte Peter Borchert auch in Neumünster nicht durch die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskriegs“ beschmutzen lassen. Gleich für mehrere Samstage, den 29. März sowie den 5., 12., 19. und 26. April, hatte der Neonaziführer gegen die in der schleswig-holsteinischen Stadt gastierende Schau Aufmärsche angemeldet. Doch allein für den 5. April mobilisierten die Neonazis gegen die „Schandausstellung“.

Solche Aktionen der Neonazis hatte die CDU-Fraktion im Stadtrat befürchtet. Ende vergangenen Jahres stritten die Ratsfraktionen mehrere Wochen über die politische Botschaft einer Präsentation in der Stadt. Nur die Mehrheit von SPD und Grünen ermöglichte, dass die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung von Anfang April bis Mitte Mai dieses Jahres im Stadtzentrum „Kiek in“ gezeigt werden kann. Um den Beschluss zu unterlaufen, strebte die CDU noch einen Bürgerentscheid an. „Die Verbrechen von damals sollen nicht beschönigt werden“, betonte CDU-Fraktionsvorsitzender Peter Jesse, aber die Finanzen der Stadt wären nicht ausreichend und das Image könnte erneut leiden. Denn „Neumünster (sei) eh schon für den ‘Club 88’ bekannt“, erklärte Jesse, und „wenn jetzt die rechten Demonstranten kommen, trägt alleine die SPD die Verantwortung“. Als die Ratsfraktionen noch stritten, meldete Neonazichef Borchert, Parteivorsitzender der NPD in Schleswig-Holstein, schon die Aufmärsche an.

Unter dem Motto „Keine Ruhe für Reemtsma – deutsche Jugend marschiert“ folgten über 500 Neonazis dem Appell nach Neumünster. Bevor die Neonazis aber am 5. April losmarschieren konnten, mussten sie warten. Über zwei Stunden standen sie auf dem Kleinflecken in der Innenstadt, weil 60 ihrer Kameraden mit Antifaschisten zusammen gestoßen waren. Nur unter Polizeischutz konnten sie die Kundgebung erreichen. Schon zuvor waren Polizeibeamte gegen Demonstranten eingeschritten. Mehr als 200 Gegendemonstranten waren trotz der 1300 Einsatzkräfte auf den Aufmarschplatz vorge-

drungen. An die 500 Menschen hatten vorher für „Frieden und Wahrhaftigkeit“ protestiert.

Auf dem Großflecken in Neumünster hielt zeitgleich der „Runde Tisch für Toleranz und Demokratie“ der Stadt eine Kundgebung ab. „Die Ausstellung können nicht genug Bürger besuchen“, betonte die Stadtpräsidentin Helga Hein, stellte aber fest, „die Auseinandersetzung spalte seit Tagen die Bürger“. Ein nötiger Streit, wie Heinz-Werner Ahrens, Präsident des schleswig-holsteinischen Landtags, hervorhob. Während die Politiker redeten, handelte die Polizei. Mehr als 75 Menschen wurden festgenommen, wobei es auf beiden Seiten zu Verletzten kam. „Die Personen wollten eine Sperre durchbrechen“, rechtfertigte ein Polizeisprecher den Einsatz.

Gänzlich von der Polizei abgeschirmt, wettete bei dem Aufmarsch der Neonaziführer Thomas Wulff: „Die gleichen Verbrecher, die das Deutsche Reich überfielen, greifen heute den Irak an“. Thorsten Heise aus Northheim erklärte den Mitstreitern, dass nur „Volksverhetzer die Soldaten des eigenen Volkes“ beleidigen würden und der Bad Honnefer Ralph Tegethoff ermutigte sie: „In Deutschlands dunkelster Zeit habt ihr den deutschen Soldaten und der europäischen Freiwilligenarmee die Ehre erwiesen“. Gemeint war die SS, und die Kameraden verstanden es auch.

Nach Abschluss des Aufmarsches am Nachmittag, konnten die Neonazis am Abend noch ein von dem Neumünsteraner Neonazizentrum „Club 88“ veranstaltetes Rechtsrockkonzert mit den Bands „Ultima Ratio“ und „White Law“ besuchen. Als in der angemieteten Lagerhalle „Symbole verfassungsfeindlicher Organisationen“ gezeigt wurden, schritt die Polizei ein. Da die Beamten mit Flaschen angegriffen wurden, stellten sie die Personalien von den 400 Konzertgästen fest.

Unerwartete Unterstützung erfuhren die Neonazis des „Club 88“ von dem Kreisverband der FDP. Auf ihre Website hatte die örtliche FDP Artikel der NPD zu der Ausstellung gestellt und auch gleich Links zu der rechtsextremen Partei gelegt. Nur zur „Dokumentation der Debatte“, wie der FDP-Kreisvorsitzende Wolf Reith beteuerte. Er verwahrte sich sogleich dagegen, „dass man uns eine rechte Gesinnung vorwirft“. Zuvor hatte er selbst noch die Präsentation der Wehrmachtsausstellung als „ideologisch motivierte Geldverschwendung“ bezeichnet.

Andreas Speit

Aktivitäten**Milzbrand-Briefe**

Anhänger der Neonazigruppe „Kameradschaft Aachener Land“ im Visier der Justiz.

Wegen Bedrohung eines Antifaschisten ist am 25. April ein Neonazi vom Amtsgericht Aachen zu einer Geldstrafe von 750 Euro verurteilt worden. Vom zweiten Vorwurf, der Störung des öffentlichen Friedens und Vortäuschens einer Straftat, wurde Marc K. freigesprochen. Nach zwei Prozesstagen sah es der Richter nicht als erwiesen an, dass der 29-Jährige nach den Terroranschlägen vom 11. September einen falschen Milzbrand-Brief an die jüdische Gemeinde geschickt hatte. Die Staatsanwaltschaft glaubt, K. decke die anonymen Absender.

Marc K. lebt noch bei seiner Mutter in Würselen (Kreis Aachen) und gehört zum Umfeld der „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL). Er selbst sei kein Mitglied der Neonazigruppe, sagte er im Verfahren. In der KAL befänden sich aber viele seiner Freunde. Sich selbst stufte der Arbeitslose als „eher konservativ“ ein, die KAL – deren Postfach er glaubwürdigen Angaben zufolge betreute – sei „nichts Rechtsextremes“.

Vorgeworfen worden war K., im Oktober 2001 während der Welle von Milzbrandbrief-Attrappen eine solche abgeschickt zu haben. Adressiert war der Brief ohne Straßen- und Ortsangaben „An die jüdische Gemeinde“. Aufgefallen war er in einem Briefzentrum. Polizeiliche Ermittlungen ergaben, dass er mit Vanillepulver gefüllt war – und einen Fingerabdruck des 29-Jährigen trug.

K. hatte während des Verfahrens indirekt Jörg S. aus Berlin belastet. Dieser habe damals in Aachen gelebt und mit Anschlägen geprahlt. Er habe S. vor besagtem Vorfall auf dessen Bitte hin Briefumschläge geschenkt. KAL-Mitglieder bestätigten dies in ihren Zeugenaussagen. S., der Ende 2001 aus der rechten Szene ausgestiegen ist, bestritt als Zeuge unter Eid diese Version. Er habe erst im Zuge der polizeilichen Ermittlungen von dem Brief erfahren. Das ehemalige NPD-Mitglied äußerte die Vermutung, man wolle ihm nachträglich „etwas in die Schuhe schieben“. Wegen „dürerer Indizien“ sprach das Gericht Marc K. in diesem Anklagepunkt frei.

Als erwiesen sah der Richter indes einen als Morddrohung angesehenen symbolischen Schuss auf Frank T. an. Auf diesen hatte K. eine mit der Hand geformte, imaginäre Pistole gerichtet. Der Vorfall geschah, während der 29-Jährige und dessen Kameraden die im Juli 2002 im Eschweiler Rathausfoyer gastierende VVN-BdA-Wanderausstellung „Neofaschismus in der BRD“ besucht hatten. Frank T. hatte als Kopf der örtlichen Antirassismusinitiative gemeinsam mit der Stadtverwaltung die Bilderschau präsentiert. Beim Besuch der Neonazis im Vorfeld eines Vortrags des Naziaussteigers Jörg Fischer war es zwischen Marc K. und Frank T. im Beisein von Fischer zu hitzigen Wortgefechten gekommen, da beide Parteien sich gegenseitig fotografierten. K. hatte beteuert, dabei nur wild gestikuliert zu haben und beschuldigte die Anwesenden, seine Mutter als „Nazihure“ beleidigt zu haben.

Die Staatsanwaltschaft hatte eine Gesamtbeurteilungssstrafe von elf Monaten gefordert. Sie wertet die Geschichte mit der Leihgabe handelsüblicher Briefe an S. als „Schutzbehauptung“, die womöglich die Täter decke. K.s Verteidiger, der Berliner Rechtsanwalt Karsten Rausch, hatte für seinen Mandanten auf Freispruch plädiert. Rausch, ebenso Pressesprecher des Dachverband Deutsche Burschenschaft, hatte unlängst auch den Kopf der völkisch-nationalen Brünner Burschenschaft Libertas aus Aachen vertreten. Oliver H., der gute Kontakte zur NPD unterhält, wollte laut „Antifaprojekt an den Aachener Hochschulen“ demselben mittels Unterlassungsklage verbieten, ihn einen Neonazi zu nennen. Rauschs neuerliches Mandat wird als Beleg dafür gewertet, dass der frühere „Skinhead-Saufhaufen“, die lange von der Polizei nicht ernst genommene KAL, nun fest ins rechte Netz eingebunden ist.

Die KAL wird auf rund 30 Neonazis und zahlreiche Sympathisanten aus den Kreisen Düren und Aachen geschätzt. Etwa Mitte 2001 gegründet, organisierte sie schon im November 2002 am Volkstrauertag erstmals den seit Jahren stattfindenden, rechten „Heldengedenktag“ auf dem Soldatenfriedhof Hürtgenwald. Dazu erschienen rund 50 Vertreter der NPD, verschiedener Kameradschaften sowie ehemalige Waffen-SS-Mitglieder aus Deutschland und den Niederlanden. Es wurden Reichkriegsflaggen und ein an die NSDAP-Hakenkreuzfahne erinnerndes Banner mit der Triskele – dem Logo des „Blood&Honour“-Netzwerks – im weißen Kreis geschwenkt. *Michael Klarmann*

Aktivitäten

„Freiheit des Wortes“

Ehrung für einen rechtsextremen Gesinnungsfreund.

Der Verleger Wigbert Grabert wurde auf dem Jahreskongress der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik (GFP) in Bayreuth mit der „Ulrich-von-Hutten-Medaille“ ausgezeichnet.

Die GFP, „die sich für die Freiheit des Wortes einsetzt“ („Junge Freiheit“), ist das größte überparteiliche Sammelbecken von rechtsextremen Verlegern, Redakteuren, Schriftstellern und Buchhändlern in der Bundesrepublik. Gegründet wurde die mitgliederstarke Kulturvereinigung 1960 von ehemaligen SS-Offizieren und NS-Funktionären. GFP-Vorsitzender ist der einstige NPD-Landtagsabgeordnete Rolf Kosiek, seit 1981 Mitarbeiter des Grabert-Verlages.

Zu den bisherigen GFP-Preisträgern gehören unter anderem der frühere NSDAP-Reichstagsabgeordnete Werner Kuhnt und Wilfred von Oven, letzter Adjutant von NS-Reichspropagandaminister Joseph Goebbels. Bei der diesjährigen Preisverleihung in Bayreuth hielt die Laudatio Richard Eichler, Stammautor des Grabert-Verlags und Träger des „Goldenen Ehrenrings“ des Deutschen Kulturwerkes Europäischen Geistes (DKeG).

Referate vor den rund 300 Teilnehmern hielten bei dem Kongress vom 4. bis 6. April Thomas Paulwitz, JF-Autor, Heilwig Holland, Vorsitzende des Schutzbundes für das deutsche Volk, Heinz Flöter, JF-Autor und Ex-Kader der NPD sowie der Deutschen Aufbau-Organisation (DAO), Alfred Mechttersheimer, Deutschland-Bewegung, Gert Sudholt, Inhaber der Verlagsgesellschaft Berg und Reinhard Uhle-Wettler, Herausgeber des Sammelbandes „Wagnis Wahrheit“ (Kiel 1998), einer Festschrift zum 60. Geburtstag David Irving. Autor des Sammelbandes ist auch Richard Eichler.

Wigbert Grabert ist Geschäftsführer des Verlagskomplexes Grabert und Hohenrain in Tübingen. Beide Verlage zählen zu den größten rechtsextremen Buchverlagen in der Bundesrepublik. Den Programmschwerpunkt bilden die deutsche Kriegsschuld leugnende und revisionistische Bücher. In den letzten Jahren wurden mehrere Werke der Ver-

lage beschlagnahmt oder von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften (BPjS) indiziert. Autoren des Verlagkomplexes sind neben anderen die notorischen Holocaust-Leugner David Irving, Germar Rudolf und Ingrid Weckert. Zur Feder greift für Grabert/Hohenrain auch der einstige Berliner Innensenator Heinrich Lummer (CDU).

Vertrieben werden die Verlagserzeugnisse vorwiegend über Direktmarketing. Kunden erhalten in regelmäßigen Abständen einen aufwändig gemachten „Buchberater“, in dem Neuerscheinungen und ältere Werke vorgestellt werden.

Bei Grabert erscheinen auch die Vierteljahresschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ (DGG) und zweimonatlich das verlagseigene Blatt „Euro-Kurier“. DGG enthält wissenschaftlich verbrämte Artikel zu zeitgeschichtlichen Themen aus revisionistischer Sicht. Autoren sind unter anderem Albrecht Jebens (CDU) und Emil Schlee (Ex-Europaparlamentarier der Republikaner). Der „Euro-Kurier“ enthält das aktuelle Verlagsprogramm sowie politische Beiträge zu aktuellen Themen. Zu den Autoren zählen der NPD-Ideologe und Burschenschafter Jürgen Schwab und der Österreicher Otto Scrinzi, Ex-FPÖ-Nationalrat.

Grabert, ehemaliger Reserveoffizier der Bundeswehr, wurde am 14. Januar 1998 vom Amtsgericht Tübingen wegen Vergehens gegen das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften zu einer Geldstrafe von 10 500 Mark verurteilt. Am 13. Juli 1998 erhielt Grabert wegen Verbreitens und Vorrätighaltens von besonders jugendgefährdenden Schriften und deren Lieferung an Personen im Versandhandel eine weitere Geldstrafe in Höhe von 3000 Mark. Der Verleger und seine Frau Marie-Luise gehörten im Juli 1980 zu den Gründungsmitgliedern des neurechten Thule-Seminars, einer „Forschungs- und Lehrgemeinschaft für die indoeuropäische Kultur“, die intensive Kontakte ins Neonazi-Lager unterhält. Organisiert ist Grabert im stramm revanchistischen Witikobund, der sich als „nationale sudetendeutsche Gesinnungsgemeinschaft“ versteht und traditionell stark rechtsextrem durchsetzt ist.

Namensgeber und Gründer des Grabert-Verlages ist Wigberts Vater Herbert Grabert (1901 – 1978). Vor 1945 war das NSDAP-Mitglied im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete und in der Kriegsgeschichtlichen Abteilung des Oberkommandos der Wehrmacht tätig. *Anton Maegerle*

Verfassungsschutz**Zuwachs für „Freie“****Drastische Einbußen bei NRW-NPD**

Während die Zahl der rechtsextremen Parteimitglieder in Nordrhein-Westfalen 2002 gesunken ist, steigt die Zahl nichtparteigebundener Neonazis und anderer militanter Rechtsextremisten. Dies geht aus dem Jahresbericht des Verfassungsschutzes hervor. Republikaner und DVU verloren jeweils 100 Mitglieder und kamen auf 1200 beziehungsweise 1900 Parteibuchbesitzer. Der NPD ging ein Drittel ihrer Mitgliedschaft von der Fahne: 500 (2001: 750) zählte sie. Als Neonazis und militante Rechtsextremisten werden 1230 ausgewiesen (1150).

Zwar gab es auch in NRW Widerstand gegen die Politik von REP-Chef Schlierer, doch spätestens mit dem Parteitag im Januar 2003 herrscht wieder Ruhe. Schlierer-Gefolgsfrau Ursula Winkelsett wurde mit 90 Prozent der Stimmen wiedergewählt. Der Verlauf des Parteitags, so der Verfassungsschutz, sei „symptomatisch für den lethargischen Zustand der Partei und ihrer Mitglieder“. Die NPD wird inzwischen von dem Lüdenscheider Stephan Haase geführt. Die Behörde rechnet mit weiteren Austritten von Personen, die ideologisch eher den „Freien“ zuzurechnen seien. Kaum verändert hat sich die Struktur der Neonazi-Szene. Regionale Schwerpunkte sind Dortmund mit der größten Neonazi-Gruppierung in NRW, Bielefeld, Minden/Lübbecke, Düsseldorf, Hochsauerlandkreis und Siegen, der Rhein-Sieg-Kreis sowie Köln.

Das Landesamt warnt davor, aus dem schwachen Abschneiden der Rechtsaußenparteien bei der Bundestagswahl und der sinkenden Zahl rechtsextremer Straftaten – die Zahl der registrierten Gewalttaten erhöhte sich gegen den Trend um sieben auf 130 – den Schluss zu ziehen, „der Rechtsextremismus sei eine rückläufige Gefahr für die Demokratie“. Dies könne andere, unterschwellig verlaufende Tendenzen verdecken: „Hierzu zählen etwa die andauernden Bemühungen rechtsextremistischer Gruppen, sich insbesondere in der jugendlichen Alltagskultur zu verankern.“ Entscheidend dabei: die Musik. Nach Angaben der Behörde waren 2002 in NRW 16 Konzerte rechter Bands geplant. Zehn davon seien im Vorfeld verhindert worden. Mit 1500 Teilnehmern habe in Dortmund das größte Konzert dieser Art stattgefunden, das je in NRW stattfand. T.S.

Verfassungsschutz**Aktionistische Szene****Skinheads wenden sich den Neonazis zu.**

Das rechtsextreme Personenpotenzial in Berlin ist mit 2665 (2001: 2695) in etwa gleich geblieben. Entgegen dem bundesweiten Trend gewannen aber die extrem rechten Parteien mitgliedermäßig hinzu: Republikaner und DVU steigerten sich von jeweils 600 auf 630 beziehungsweise 620 Parteigänger. Rückläufig (minus 10) war allerdings der Stand der NPD mit 240 Mitstreitern. Dies bilanziert der aktuelle Landesverfassungsschutzbericht für 2002.

Unverändert hoch bleibt mit insgesamt 1075 Anhängern das Niveau des als aktionsbetonter Rechtsextremismus eingestuften militanten und neonazistischen Spektrums. Der Bericht registriert hier eine Verschiebung von subkulturell geprägten Rechtsextremisten, darunter die Skinheads (575; minus 65), hin zu den ideologisch gefestigten, die den Neonazis zugerechnet werden (500; plus 65). Hinsichtlich ideologischer Ausrichtung und politischer Ziele würden sie sich zunehmend annähern, wird festgehalten. Mehr als 500 aktionsbetonte Rechtsextremisten gelten nach Erkenntnissen der Behörde als gewaltbereit. Teilweise enge Kontakte bestünden zu Hooligans und Rockern; hierdurch würde der militanten Neonaziszene auch der Zugang zu Waffen vereinfacht, warnen die Verfassungsschützer. Lediglich ein Drittel der Neonazis ist in festen Strukturen, wozu die Freien Kameradschaften gezählt werden, organisiert. Eingebunden sind auch Mitglieder der rechtsextremen Musikszene und des verbotenen Skinhead-Netzwerks „Blood & Honour“. Dem Bericht zufolge wohnen über 90 Prozent der in Berlin bekannten Neonazis in den östlichen Bezirken.

Unter den 52 (2001: 28) rechtsextrem motivierten Gewalttaten, darunter 29 (19) fremdenfeindliche und 3 (1) antisemitische Delikte, waren in 44 (24) Fällen teilweise schwere Körperverletzungen und ein Tötungsdelikt zu verzeichnen. Zum überwiegenden Teil (65 Prozent) wurden die Gewaltdelikte in den östlichen Stadtbezirken begangen. Deutlich angestiegen sind die sonstigen rechtsextrem motivierten Straftaten auf 896 (427) Vorfälle, wozu besonders die 626 (238) Propagandadelikte beitragen. Erheblich ist auch die Zunahme der von Rechten begangenen antisemitisch (229: 106) und fremdenfeindlich motivierten Straftaten (138: 84). G.N.

Ausland**Militanter Poet****Russischer Nationalbolschewist und Literat zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.**

Der russische Querfrontler und Kopf der Nationalbolschewistischen Partei (NBP), Eduard Limonow, wurde am 15. April im südrussischen Saratow wegen versuchter Bildung eines bewaffneten Haufens, der Planung terroristischer Anschläge und des illegalen Waffenbesitzes zu vier Jahren Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Eine Anklage gegen Limonow und den Gründer des einschlägigen Journals „Limonka“, Sergey Aksyonow wegen Putschversuchs ließ das Gericht fallen. Weitere vier Anhänger Limonows erhielten Haftstrafen.

Limonow und sein Gefolgsmann Aksyonow waren bereits im April 2001 in der russischen Republik Altai festgenommen worden. Vier weitere Personen wurden in Saratow und Ufa bei dem Versuch verhaftet, sechs Maschinengewehre und 157 Packungen Munition zu erwerben. Einer der Anhänger Limonows sagte später aus, dieser hätte den Kauf der Waffen angeordnet. Die Anklage behauptet, der Parteiführer habe vor zwei Jahren geplant, die Macht in einer der ehemaligen Sowjetrepubliken mit Waffengewalt an sich zu reißen, um dort ein „zweites Russland“ zu errichten. Die Nationalbolschewisten planten demnach ebenfalls terroristische Aktionen im nördlichen Kasachstan mit Hilfe eines als Bob Denar bekannten Franzosen.

Eduard Limonows Lebensgeschichte ist voller bizarrer Episoden. Geboren als Eduard Savenko nahm er später das Pseudonym Limonow (eine Abwandlung des russischen Worts für Zitrone) an. Die Parteizeitung „Limonka“ bezieht sich sowohl auf diesen Namen und bedeutet Handgranate. Der heute knapp 60-jährige Limonow wurde 1974 aus der Sowjetunion verwiesen und begab sich als schon damals bekannter Avantgarde-Poet zuerst in die USA, dann nach Frankreich. Dort wurde ihm ein gewisser literarischer Erfolg zuteil und bis heute hält Limonow die doppelte russisch-französische Staatsbürgerschaft.

Während der 90er Jahre wurde der Name Limonow jedoch immer mehr mit radikaler Politik anstatt mit Literatur verbunden. Nach seiner Rückkehr nach Russland 1992 und einem vergeblichen Versuch in

die Duma gewählt zu werden, schloss sich der Dichter kurzzeitig Wladimir Schirinowskis ultra-rechter Liberaldemokratischer Partei an, bevor er 1993 die Nationalbolschewistische Partei gründete, mit dem obersten Ziel der Revitalisierung Leninscher Politik. Anstatt durch Wahlerfolge fiel die Partei aber durch öffentlichkeitswirksame Zwischenfälle auf. Im November 2002 bewarfen zwei Nationalbolschewisten den NATO-Generalsekretär Robertson auf einer Tagung in Prag mit Tomaten. „Diese Partei“, schrieb Wladimir Kaminer am 19. Februar dieses Jahres in der in Berlin erscheinenden Tageszeitung „taz“, „sah am Anfang aus wie eine große Rockband: Szenekünstler, sich langweilende Söhne aus guten Familien, die für eine lustige politische Provokation immer zu haben waren, und Töchter, die Limonow attraktiv fanden“. Diese verniedlichende Beschreibung sollte nicht über den revisionistisch-ultranationalistischen Charakter der Ideologie Limonows hinwegtäuschen.

So stößt Limonow auch in Deutschlands rechten Kreisen auf Interesse. Im Frühjahr 2000 führte ausgerechnet der „Welt am Sonntag“-Redakteur Heimo Schwikl für die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (15/00) ein Interview mit dem Russen unter anderem über Tschetschenien und Präsident Putin. Hier gab Limonow unumwunden zu: „Natürlich sind wir Revolutionäre. Wir vereinigen Kommunismus und Nationalismus, die untrennbar zusammengehören. Das Ziel unserer Organisation ist es, die herrschende politische und ökonomische Klasse zu beseitigen.“ Auf die wichtigsten Punkte seines politischen Programms angesprochen, sagte Limonow offen: „Wir wollen an die Macht. Danach werden wir den Reichtum der Kapitalisten auf das notleidende Volk umverteilen ... Des Weiteren müssen die Grenzen Russlands neu gezogen werden. Russisch besiedelte Gebiete, wie Ost-Estland oder Nordkasachstan, müssen zurückgeholt werden“. Unwidersprochen fuhr er fort: „Nur eines ist gewiss: Der Westen wird früher oder später kollabieren, und wir werden unsere Revolution verwirklichen. Denn unsere Bewegung hat die Jugend. Und wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft“.

Russischen Berichten zufolge schrieb Limonow sieben Bücher während seiner knapp zweijährigen Untersuchungshaft. Wenn er diesen erstaunlichen Schreibfluss beibehalten kann, muss sich die Welt in den kommenden vier Jahren Haft auf eine größere Zahl weiterer Limonow-Erzeugnisse gefasst machen.

Thomas Grumke

Ausland**Alles verspielt**

Der US-amerikanische Rechtsextremist David Duke hat sich missbräuchlich Spendengelder angeeignet und in Casinos durchgebracht.

Seit dem 15. April sitzt der rechtsextreme Veteran David Duke jetzt eine 15-monatige Haftstrafe wegen Steuervergehen in Big Spring, Texas, ab. Nachdem der 53-Jährige die vergangenen drei Jahre vornehmlich in Russland, in der Ukraine und auf Vortragsreisen verbracht hatte, kehrte er Mitte Dezember in die USA zurück und stellte sich den amerikanischen Behörden (vgl. BnR 1/03). Er gab zu, von 1993 bis 1999 eine Reihe von Spendenaufrufen unter Berufung auf eine fiktive Notlage verschickt, die eingehenden Spenden jedoch zu privaten Zwecken einbehalten oder sie sogar in Casinos in Las Vegas, Mississippi und auf den Bahamas verspielt zu haben.

Noch im November 2002 hatte der umtriebige Duke in Bahrain dezidiert antisemitische Vorträge gehalten und mehrere Pressekonferenzen gegeben sowie anschließend in Katar einen von Millionen Arabern verfolgten Auftritt in der Talkshow „Ohne Grenzen“ des Fernsehsenders Al Jazeera absolviert. Auch hier breitete Duke seine antisemitischen Verschwörungstheorien von der israelisch gesteuerten US-Außenpolitik und den unter Mitwisserschaft des Mossad verübten Terroranschlägen vom 11. September 2001 aus.

■ **Abstammung und Tradition vor jüdischen Einflüssen schützen** ■

Die nun zu verbüßende Haftstrafe stellt ein neues Tief im Leben des einstmals prominenten Abgeordneten David Duke dar. Als Republikaner gewann dieser im Jahre 1989 einen Sitz im Repräsentantenhaus des Staates Louisiana und errang 59 Prozent der „weißen“ Stimmen im knapp verlorenen Rennen um einen Senatorensitz. Vor allem die Republikanische Partei arbeitete Sonderschichten, um sich von dem ehemaligen KuKluxKlan-Führer zu distanzieren.

Immerhin war Duke während dieser Zeit noch in der Lage, seine rassistische Gesinnung verborgen

zu halten und alle derartigen Vorwürfe an sich abperlen zu lassen, was ihm den Spitznamen „Teflon-Rassist“ einbrachte. Doch in der Erkenntnis, keinen dauerhaften Erfolg bei Wahlen erzielen zu können, bewegte sich Duke ab Mitte der 90er Jahre wieder weiter auf seine alte politische Heimat zu: die extreme Rechte. Als Schlüsseldokument kann sein Traktat „My Awakening“ gelten, eine über 700-seitige Mixtur aus Autobiographie und Kampfschrift, in der „Weiße“ aufgerufen werden, ihre Abstammung und Traditionen vor allem vor jüdischen Einflüssen zu schützen. Das mittlerweile in mehrere Sprachen übersetzte Buch wurde allein in den USA fünfzigtausend Mal verkauft.

■ **Ehrendoktorwürde in der Ukraine** ■

Gerichtsunterlagen zufolge nahm Duke allein zwischen 1993 und 1998 400 000 Dollar an Spenden ein, die zum Teil postwendend in Casinos verprasst wurden. Während der passionierte Spieler sich auf seiner Webseite noch damit herausreden wollte, er habe ein Spielsystem gefunden, mit dem er in Casinos noch mehr Geld für die gute Sache einnehmen könne, verschwand er während der von einer enttäuschten Ex-Freundin ins Rollen gebrachten polizeilichen Untersuchung seines Finanzgebarens nach Übersee. Schon 1995 hatte Duke in Moskau Wladimir Schirinowski getroffen und Gefallen an der Stadt gefunden. Von dort und seiner in der Nähe des norditalienischen Verona gelegenen Zweitbehausung bereiste er nach eigenen Angaben neben Russland die baltischen Staaten, die Tschechische Republik, die Slowakei, Ungarn, Frankreich, Österreich und auch Deutschland (unter anderem trat er beim Pressefest der „Deutschen Stimme“ 2002 in Königslutter auf), immer um sich mit lokalen Kadern zu treffen, Reden zu halten und seine Bücher anzupreisen. In der Ukraine wurde Duke sogar die Ehrendoktorwürde der „Interregional Academy of Personal Management“, einer bekannten Universität mit 30 000 Studenten nahe Kiew, verliehen.

Unterdessen sorgen sich Duke's Anhänger um dessen Wohlergehen im harten Gefängnisalltag, vor allem hinsichtlich der Reaktion der schwarzen Mitgefangenen, die der Rechtsextremist immer wieder als geistig minderbemittelt bezeichnet hat. Das Stehaufmännchen David Duke sollte jedoch politisch nicht vorzeitig abgeschrieben werden, denn welche andere Karriere sollte der gelernte Rechtsextremist einschlagen?

Thomas Grumke

Ausland**Auferstehung**

Verbotene rechtsextreme Organisation in Frankreich hat sich unter neuem Namen wieder formiert.

Ehemalige Mitglieder der militanten rechtsextremen französischen Gruppierung „Unité Radicale“ (UR) haben sich am ersten Wochenende im April unter dem Namen „Bloc Identitaire“ neu formiert. Die Unité Radicale wurde im August 2002 verboten, nachdem eines ihrer Mitglieder einen Attentatsversuch auf Präsident Jacques Chirac verübt hatte.

Personell wie inhaltlich weist die neue Organisation keine wesentlichen Unterschiede zur Unité Radicale auf. Zum Vorsitzenden wurde Fabrice Robert gewählt, Guillaume Luyt (Jahrgang 1969) zum Vizpräsidenten ernannt. Beide hatten zuletzt gemeinsam den Vorsitz der Unité Radicale inne. An dem Treffen am Wochenende vom 5. zum 6. April in Mâcon (Saône-et-Loire), Bourgogne, nahmen etwa 80 Delegierten aus 16 Regionen Frankreichs teil. An eine Parteigründung sei derzeit noch nicht gedacht, sagte Guillaume Luyt. Man beabsichtige aber, 2004 mit einer eigenen Liste zu einzelnen Regionalwahlen anzutreten. Chancen rechne man sich durch Stimmen von radikaleren Teilen der Anhängerschaft des Front National (FN) und des Mouvement National Républicain (MNR) aus. Mit in den Vorstand berufen wurde Philippe Vardon, Vorsitzender der Jugendorganisation Jeunesses Identitaires.

Laut den Statuten, die bereits zuvor in Nizza fixiert worden waren, will Bloc Identitaire gegen eine weitere „ethnische Vermischung in Europa“ und die Probleme antreten, die sich aus der Zuwanderung insbesondere von Personen islamischen Glaubens ergeben würden. Außerdem wolle man sich mit „sozialen Fragen“ sowie mit „Umweltthemen“ befassen. Gerade diese Aspekte würde der Front National nicht thematisieren, meinte der Vorsitzende Fabrice Robert. Wichtig sei auch der Kampf gegen Liberalismus, Globalisierung und gegen die extreme Linke, betonte er. Als Ziel habe man sich gesteckt, eine „Kulturrevolution“ zu bewirken. Eigenen Angaben zufolge soll dabei das bereits bestehende Blatt „Assises Identitaire“, welches mit einem deutlich intellektuellen Anspruch auftritt, eine wichtige Rolle spielen. *Margret Chatwin*

Bücherschau**Argumentationshilfe**

Über kaum eine andere Zeit kursieren so viele Fehleinschätzungen und Halbwahrheiten, Irrtümer und Legenden, Lügen und Vorurteile wie über das „Dritte Reich“. Einen Überblick dazu in Verbindung mit einer klarstellenden Erläuterung legt der freie Publizist Friedemann Bedürftig in seinem Buch „Als Hitler die Atombombe baute. Lügen und Irrtümer über das ‘Dritte Reich’“ vor. Einleitend unterscheidet er zunächst Irrtümer und Lügen, erfolgten doch erstere aus mangelnder Kenntnis und letztere aus vorsätzlichen Verdrehungen. Dem folgt der lexikalische Kerngehalt des Buches, das alphabetisch geordnet nach Stichworten von Irrtümern und Lügen über das Dritte Reich eben diese benennt, danach eine Erläuterung der tatsächlichen historischen Sachverhalte gibt und auf weiterführende Literatur verweist.

So widerlegt Bedürftig auch heute noch weit verbreitete Auffassungen, wie etwa die angebliche Zusammenarbeit von Nationalsozialisten und Zionisten, den behaupteten Präventivkrieg der Hitler-Regierung gegen die Sowjetunion, die kursierenden geringen Zahlen über die Opfer der Judenvernichtung oder den verbreiteten Fälschungsvorwurf gegen das „Tagebuch der Anne Frank“. Entstanden ist dabei ein Nachschlagewerk vom Typus der in letzter Zeit große Verbreitung findenden „Lexika über populäre Irrtümer“ unterschiedlichster Art, das insbesondere über die tatsächlichen Hintergründe apologetischer oder verharmlosender Auffassungen zur Geschichte des Hitler-Regimes informiert. Darin liegt auch der nicht zu unterschätzende aufklärerische Nutzen des Bandes. Bei einzelnen Stichworten können allerdings auch kritische Anmerkungen gemacht werden: die Kritik am „Leuchter-Report“ hätte um eine am „Rudolf-Gutachten“ ergänzt werden können, die sachlich notwendige Goldhagen-Kritik sollte nicht in Form einer „halbsatirischen Überdrehung“ erfolgen, und die Aussagen zu den Konzentrationslagern wären auch differenzierter möglich gewesen. Trotzdem stellt Bedürftigs Buch einen wichtigen Beitrag zur Klärung zeitgeschichtlicher Fragen und besonders zur Argumentationshilfe gegen rechtsextreme Geschichtsverfälscher dar. *Armin Pfahl-Traughber*
Friedemann Bedürftig, Als Hitler die Atombombe baute. Lügen und Irrtümer über das „Dritte Reich“, München 2003 (S. Piper-Verlag), 268 Seiten, 17,90 EUR.

Bücherschau**Politisches Problem****Rechte als ganz gewöhnliche Kriminelle**

Professor Andreas Marneros ist Lehrstuhlinhaber und Direktor der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und begutachtet seit 20 Jahren Gewaltverbrecher vor Gericht. In seinem Buch „Hitlers Urenkel. Rechtsradikale Gewalttäter – Erfahrungen eines wahldeutschen Gerichtsgutachters“ berichtet der gebürtige Zypriener über seine Eindrücke von rechtsextremistischen Gewalttätern und Mördern, die von ihm hinsichtlich ihrer Charakterstruktur und Mentalität befragt und untersucht wurden. Herausgekommen ist dabei ein persönlich geprägter Bericht über Erfahrungen und Reflexionen. Marneros schildert etwa seine Begegnungen mit den Mördern von Alberto Adriano und den Mördern eines geistig Behinderten, jeweils unterbrochen durch Beschreibungen von Gesprächen mit Freunden und Kollegen.

Gegen Ende seiner Darstellung benennt Marneros „drei Waffen gegen rechtsradikale Gewalttäter“: die öffentliche deutliche Kritik am selbst gewählten Image der Mörder als angebliche Akteure eines heimlichen Volkswillens, die durch die unmissverständliche Missbilligung durch die Gesamtgesellschaft herbeizuführende Scham und die Angst vor notwendigen harten und langen Gefängnisstrafen für die Täter (vgl. S. 191-197). Als Ergebnis zieht sich folgende Auffassung wie ein „roter Faden“ durch die Darstellung: Die rechtsextremistischen Kriminellen seien eigentlich gewöhnliche Kriminelle, was sich an gemeinsamen Besonderheiten wie Aufwachsen in zerrütteten familiären Verhältnissen, ausgeprägten Formen von Alkoholismus und Persönlichkeitsstörungen, niedriges Ausbildungsniveau und damit verbundener niedriger sozialer Status zeige (vgl. S. 190). Rechtsextremistische Einstellungen gelten dem Autor nur als „politisches Mäntelchen“ (vgl. S. 81), das sich die Täter umhängten, ohne wirklich über die damit verbundenen Inhalte etwas zu wissen.

Beeindruckend wirken die von Marneros vorgenommenen Beschreibungen von Gesprächen durch die darin zum Ausdruck kommende Authentizität, wird doch so das Selbstverständnis der jeweiligen Täter exemplarisch deutlich. Der Autor formuliert

danach knappe Analysen der Persönlichkeitsstruktur der Täter, die mitunter als ängstliche, introvertierte und sozial unsichere junge Männer mit einem hohen Aggressionspotenzial und geringer Empathiefähigkeit erscheinen (S. 41). Außerdem nimmt Marneros hier und da Typologisierungen vor, unterscheidet etwa „einen extremen Neonazi, einen ‘milderen’ Rechtsradikalen und einen Nicht-Neonazi“ als „depravierten Alkoholiker“ (S. 67).

Schließlich verdienen auch die Hinweise auf die Gemeinsamkeiten zwischen rechtsextremistischen und unpolitischen Kriminellen Interesse. Gleichwohl ist gerade an dieser Stelle Kritik angebracht, konzentriert sich der Autor doch zusehr auf die psychologische Dimension. So zutreffend die Feststellung der angesprochenen Gemeinsamkeiten ist, so problematisch ist die Auffassung vom angeblich nur „politischem Mäntelchen“. Der Nachweis, dass die Täter nur über geringe Kenntnisse über das „Dritte Reich“ verfügen (vgl. S. 187) oder ihre fremdenfeindlichen Positionen in sich Widersprüche aufweisen (vgl. S. 87), muss nicht zwingend eine unpolitische Einstellung belegen. Wie lässt sich denn sonst die spezifische Auswahl der Opfer aus bestimmten sozialen Gruppen erklären? Es ist eben kein Zufall, dass Ausländer oder Behinderte ausgewählt wurden. Auch wenn nur diffuse Mentalitäten und Ressentiments in den Köpfen der Täter bestehen, bedeutet dies nicht notwendigerweise das Fehlen einer politischen Orientierung. Marneros neigt – wohl berufsbedingt – etwas zu sehr zu der Psychologisierung eines doch eben auch politischen Problems. Gerade der von ihm vorgenommene Hinweis auf die gesamtgesellschaftliche Verantwortung bei Gegenstrategien belegt diese Dimension. *Armin Pfahl-Traugher*
Andreas Marneros, Hitlers Urenkel. Rechtsradikale Gewalttäter – Erfahrungen eines wahldeutschen Gerichtsgutachters, Bern 2002 (Scherz-Verlag), 224 Seiten, 19,90 EUR.

Personen

Mannheim – Siegfried Vergin, Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft – Arbeitsgemeinschaft Rhein-Neckar/Mannheim wurde von der Jüdischen Gemeinde Mannheim mit deren Ehrenmedaille ausgezeichnet. Die Vorsitzende der Gemeinde, Orna Marhöfer, würdigte anlässlich des 70. Geburtstages des Ex-SPD-Bundestagsabgeordneten dessen zahlreiche Verdienste beim Auf- und Ausbau der christlich-jüdischen und der deutsch-israelischen Beziehungen.

Demokratische Initiativen**„Todesmärsche“****Eine Ausstellung zu den letzten Tagen des KZ Neuengamme.**

Für viele Überlebende der Konzentrationslager gehörte die Rückbesinnung auf die letzten Tage dieser Terrorsinrichtungen zu den grausamsten Erinnerungen. Denn kurz vor dem Sieg der Alliierten im Frühjahr 1945 wurden noch zahllose Häftlinge von den Nazi-Schergen ermordet. Die SS-Führung hatte die Lager räumen lassen, wollte so Zeugen für ihre Gräueltaten beiseite schaffen und zugleich „Faustpfande“ für mögliche Friedensverhandlungen behalten. Auch mit dem KZ Neuengamme bei Hamburg und seinen mehr als 60 Außenlagern in Norddeutschland wurde entsprechend verfahren.

Um diese Räumungsaktion geht es in einer Ausstellung, die vom 28. April bis 30. Mai in der Unteren Rathaushalle in Bremen gezeigt wird. Täglich von 10.00 bis 18.00 Uhr ist die Sammlung zu sehen. Ihr offizieller Titel lautet: „Ein KZ wird geräumt. Häftlinge zwischen Vernichtung und Befreiung. Die Auflösung des KZ Neuengamme und seiner Außenlager durch die SS im Frühjahr 1945“. Präsentiert wird die Sammlung unter der Schirmherrschaft von Bürgerschaftspräsident Christian Weber von der Landeszentrale für politische Bildung, dem Landesinstitut für Schule und dem Bremer Verein „Erinnern für die Zukunft“. Ein umfangreiches Rahmenprogramm aus Filmen und Vorträgen begleitet sie.

40 der Ausstellungstafeln – erarbeitet von mehreren Bremer Geschichtsgruppen – widmen sich den KZ-Außenlagern in Bremen und Umgebung, von denen es zehn gab. Denn die Hansestadt an der Weser bildete direkt nach Hamburg den Schwerpunkt des Außenlagersystems des Konzentrationslagers Neuengamme. Das erste Bremer Außenlager war 1943, also vor nunmehr 60 Jahren, in Farge errichtet worden. Die Häftlinge mussten beim Bau des U-Boot-Bunkers „Valentin“ helfen, in dem anno 2003 Theaterstücke mit Antikriegs-Charakter aufgeführt werden. Vor allem in den Lagern Farge, Blumenthal und Deschimag-Schützenhof in Gröpelingen überlebten viele der Häftlinge nicht. Die Unterernährung und ständige Misshandlungen durch das Wachpersonal führten zu dieser hohen Sterberate.

Als die Alliierten kurz vor Bremen standen, wurden die Häftlinge der Außenlager in die Aufanglager Bergen-Belsen, Wöbbelin und Sandbostel bei Bremervörde gebracht. Wer „Glück“ hatte, wurde in völlig überfüllten Zügen befördert. Doch ein Großteil der Menschen musste sich zu Fuß in Bewegung setzen. Tausende Häftlinge starben bei diesen „Todesmärschen“ an Erschöpfung oder wurden von SS-Leuten getötet.

Die „Todesmärsche“ sind eines der Ausstellungskapitel. Darüber hinaus beschäftigt sich die eindrucksvolle Sammlung intensiv mit zwei herausragenden Ereignissen aus den letzten Tagen des Konzentrationslagers Neuengamme. Zum einen wird dargestellt, wie Graf Folke Bernadotte, Vizepräsident des Schwedischen Roten Kreuzes, viele skandinavische Häftlinge retten und in „Weißen Bussen“ des Roten Kreuzes in die Freiheit bringen konnte. Zum anderen wird das tragische Schicksal von 10 000 KZ-Häftlingen beschrieben, die in Lübeck von der SS auf die Schiffe „Thielbek“, „Cap Arcona“ und „Athen“ verteilt wurden. Bei versehentlichen Jagdbomberangriffen durch alliierte Verbände kamen tausende Menschen ums Leben. Viele hundert andere wurden von Nazi-Tätern ermordet, als sie sich in Rettung bringen wollten. Selbst Häftlinge, die sich bis an den Strand von Neustadt flüchten konnten, wurden noch von der SS und sogar von Mitgliedern der Hitler-Jugend „gejagt“ und erschossen.

Thomas Klaus

Hinweis

Bonn – Mit der Thematik „Wie weiter mit den Programmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit?“ beschäftigt sich die Friedrich-Ebert-Stiftung am 22. Mai in Bonn in einem Workshop. Gegliedert ist die Veranstaltung in zwei Bereiche. Zum einen geht es um die Frage, wie die Nachhaltigkeit und Weiterführung von Programmen und Initiativen gesichert, zivilgesellschaftliche Ressourcen und Träger mobilisiert werden können. Ein weiterer Aspekt ist der Beitrag wissenschaftlicher Begleitung und Forschung. Hier geht es auch darum, eine angemessene Balance zwischen Projektarbeit und wissenschaftlicher Begleitung zu finden. Referieren wird neben anderen Roland Roth, Magdeburg, der für die Friedrich-Ebert-Stiftung die Studie „Bürgernetzwerke gegen Rechts“, verfasst hat. Donnerstag, 22. Mai, 10.00 bis 16.00 Uhr, Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn, Godesberger Alle 149.

Kontakt: Albrecht Koschützke/Marion Ackermann, Tel. 0228-883375; E-Mail: albrecht.koschuetzke@fes.de

Meldungen

Inland

■ **Berlin** – Die Zahl der rechtsextrem motivierten Straftaten ist im vergangenen Jahr um acht Prozent auf 10 903 (2001: 10 054) Vorfälle gestiegen. Dies teilte Bundesinnenminister Otto Schily am Dienstag nach Ostern mit. Bei den rechtsextremen Gewalttaten ist ein Zuwachs um neun Prozent auf 772 (2001: 709) Delikte zu verzeichnen. In neun Fällen wurde versuchte Tötung aus rechtsextremer Motivation registriert. Deutlich rückläufig waren nach Schilys Angaben die fremdenfeindlich (2789: 3391) und antisemitisch (1594: 1629) motivierten Delikte.

■ **Bremen** – Mit 19 Bewerberinnen und Bewerbern will die DVU zu der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft am 25. Mai antreten. Spitzenkandidat ist der 49-jährige Landtagsabgeordnete Siegfried Tittmann, Fraktionsvorsitzender der DVU in der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung. Weitere Kandidaten sind neben anderen der DVU-Bundesvorstandler und Landesvize Hans Weidenbach (50) und die Bremer DVU-Landesvorsitzende Elfriede Budina (74). In der „National-Zeitung“ wird bereits seit Monaten um „die größtmögliche in Ihren Kräften stehende Spende“ für den Bremer Wahlkampf geworben. Auch der Bremer DVU-Landesverband bittet in einer Kleinanzeige um finanzielle Unterstützung.

■ **Dresden** – Bei den Kommunalwahlen in Sachsen Mitte nächsten Jahres soll in der Landeshauptstadt ein „Nationales Bündnis für Dresden“ antreten. Dazu haben sich einem Bericht des Störtebeker-Netzes zufolge Vertreter von Republikanern, DVU, NPD und „freien Nationalisten“ zusammengetan. Zur Bildung des parteiübergreifenden Bündnisses hatten Rene Despang (NPD), Frithjof Richter (REP), Hans-J. Lewin (DVU) und der Ex-Republikaner Wolfgang Schwarz aufgerufen: „Um erfolgreiche Politik für Dresden gestalten zu können, ist jetzt der Schulterschluss aller Deutschen gefragt, die heute noch Deutsche sein wollen.“ Beim Gründungstreffen, das noch im April stattfinden sollte, war als Gastredner Peter Dehoust, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift „Nation&Europa“, angekündigt.

■ **Duisburg** – Als „papa-eicke“ tummelt sich im Internet ein Christian Bales aus Duisburg. Theodor Eicke (1892–1943), von seinen Kameraden „Papa

– Eicke“ genannt, war Lagerkommandant des KZ Dachau und Inspekteur der Konzentrationslager sowie der SS-Totenkopfverbände. Von den SS-Wachmannschaften forderte er unbedingte Härte und Befehlserfüllung. Mehrfach annoncierte Bales in der rechtsextremen Monatszeitschrift „Nation&Europa“ „historische Originalliteratur 1918 – 1945“. Ebenso machte er mit Leserbriefen in dem Blatt auf sich aufmerksam. In einschlägigen Sammlerkreisen begab sich „papa-eicke“ im vergangenen Februar auf die Suche nach „NS-Artikeln von 1933 – 1945, Dolche, Fahnen, Bücher, Orden etc“. Ende 2002 verewigte er sich im Gästebuch der NPD-Mettmann: „Fürchtet Euch nicht, dem Zeitgeist zu widerstehen! Ihr seid nicht allein! Ein Jahrtausend deutscher Geschichte steht hinter Euch!“. Unter dem Pseudonym „papa-eicke“ unterhält Bales einen Account beim Provider t-online.

■ **Grainau** – 13 Personen zwischen 18 und 43 Jahren nahm die Polizei am 20. April in der Nähe des oberbayerischen Örtchens Grainau (Landkreis Garmisch-Partenkirchen) in Gewahrsam. Einem Bericht der Nachrichtenagentur AP zufolge lösten die Beamten eine Feier zum Hitler-Geburtstag auf. Zwölf der 13 in Gewahrsam Genommenen seien einschlägig polizeilich bekannt. Nach München und Nürnberg stellt der Raum Weilheim/Garmisch-Partenkirchen dem bayerischen Verfassungsschutz zufolge die drittgrößte rechtsextremistische Skinhead-Szene im Freistaat.

■ **Hannover** – Der in der NPD umstrittene langjährige Partei-Funktionär Waldemar Maier (Hannover) betreibt auf seiner rechtsextremen Internet-Homepage „Radio-Freiheit“ staatsfeindliche Hetze. So sei der Hang der „réalexistierenden Demokratie zum Totalitarismus unverkennbar.“ Die „größte Pleite der hiesigen Demokratie“ sei „das gescheiterte Verbotverfahren gegen die NPD.“ Der Bundesregierung wirft Maier vor, „im Kampf gegen das deutsche Volk“ zu stehen. Erzürnt zeigt sich Maier darüber, dass angeblich die „gesamte Staatsgewalt mit ungeheuren Mitteln aus dem Volksvermögen“ die „rechtsextremistischen‘ Butzenmänner“ bekämpfen würde.

■ **Hannover** – Im Web-Forum des extrem rechten Konservativen Gesprächskreises Hannover (KGH; Hannover) will Harry Zingel (Erfurt) von der obskuren Bürgerrechtsbewegung Solidarität „das derzeitige deutsche Öko-Regime nach seinem Sturz ebenfalls (wie den Irak) zur Rechenschaft ziehen.“ Ein Holger Beholz (Hamburg) hat die Antwort be-

reit, „das ganze Pack nach Kuba zu verfrachten“. Der 1996 gegründete KGH geht auf einen Leserkreis der Jungen Freiheit zurück. KGH-„Netzmeister“ ist Horst Schilling, Ex-Mitglied der Republikaner.

■ **Heidelberg** – Gerade mal 100 Mann konnte der Macher der „Karlsruher Kameradschaft“, Jörg Milch, für eine Kundgebung in Heidelberg mobilisieren. „Strohmann“ Patrick Hütter hatte die Veranstaltung unter dem Titel „Amis raus – Freiheit rein!“ angemeldet. Doch schon wenige Meter hinter der Bahnhofstür war Schluss. Über 1000 Gegendemonstranten versperrten den Weg. Der Hamburger Neonazi Christian Worch und Horst Mahler mussten schließlich im Eingangsbereich des Heidelberger Hauptbahnhofs zu den versammelten Kameraden sprechen. Auch der Ludwigshafener NPD-Aktivist Christian Hehl und der Boss der „Kameradschaft Bergstraße“, Rene Rodriguez-Teufer, lauschten den Worten aus dem Vorkriegsmegaphon. Ein großer Teil der Demonstranten zog anschließend zum Adolf-Hitler Geburtstagskonzert ins benachbarte Elsass. Horst Mahler erbat sich für die Heimreise Schutz von den zuvor beschimpften Staatsdienern in Uniform.

■ **Meschede** – Ganz unverblümt äußerten sich die Autoren eines Flugblatts, das kurz vor dem 20. April in Meschede, Olsberg und Arnsberg (Hochsauerlandkreis) auftauchte. „Geschmückt“ mit Hitler-Porträt sowie Hakenkreuz und versehen mit einem „dreifachen Sieg Heil“ gratulierten sie „unserem Führer Adolf Hitler zum 114. Geburtstag“. Unterzeichnet war das Flugblatt mit der Bezeichnung „Sauerländer Aktionsfront“ – ein Label, das die Neonaziszene im Hochsauerland eigentlich seit Jahren nicht mehr benutzt.

■ **München/Nürnberg** – Das Aktionsbüro Süddeutschland (München), das „Nationale Infotelefon Bayern“ (München) und die Fränkische Aktionsfront (Nürnberg) rufen zur Gründung einer „Aktionsgemeinschaft Bayern“ (AG Bayern) auf. Diese soll zur Überwindung bestehender „persönlicher Differenzen und Grabenkämpfe“ in der Neonaziszene beitragen. In dem gemeinsamen Aufruf informieren die Initiatoren, „dass wir Bayern weit regional aktive Gruppen und Einzelpersonen unter der AG Bayern aktionsbezogen vereinen wollen und gemeinsam eine Art Maßnahmenkatalog in Kader-treffen erarbeiten werden, der den Umgang mit elementaren Themen, wie zum Beispiel Gespräche mit Staats- und Verfassungsschutz, Antifa usw. regeln

soll.“ Die Kameraden erhoffen sich dadurch „langfristig, dass interne Streitigkeiten und Selbstdarstellerei bereits im Vorfeld ausgeschlossen werden können und man sich dadurch wieder auf das wesentliche, nämlich nationale Politik, konzentrieren wird.“

■ **Salching** – Der Schweizer Holocaust-Leugner Bernhard Schaub referiert auf einer NPD-Veranstaltung am 16./17. Mai in Niederbayern zum Thema „Runen und germanische Mythologie“. Nähere Informationen über die Veranstaltung sind über die Handy-Nummer von Gisela Böhmer, Vorsitzende des NPD-Bezirksverbandes Niederbayern, zu erfragen. Böhmer betreibt in Salching im Landkreis Straubing ein Lokal („Nationales Kommunikationszentrum Niederbayern“), das sich nach Erkenntnissen des bayrischen Verfassungsschutzes als „zentrale Anlaufstelle und Wirkungsstätte des nationalen Widerstands im Bereich Niederbayern“ versteht und ein „kraftvolles Band zwischen den Nationalisten der Umgebung“ flechten will. Böhmer war auch eine der Kontaktpersonen bei der Solidaritätsdemonstration am 1. März dieses Jahres für den in Bernau einsitzenden Neonazi Friedhelm Busse. Zum Thema „germanische Mythologie“ hatte Schaub, zuletzt Kader der Partei National Orientierter Schweizer (PNOS), bereits im Herbst 2000 bei mehreren NPD-Kreisverbänden in Sachsen referiert.

■ **Stockelsdorf** – Für die Kunden des Hatestore-Versands in Stockelsdorf (Schleswig-Holstein) gab es einen „Hitler-Geburtstags-Rabatt“. Wer bis zum 20. April ein T-Shirt bestellt hatte, bekam es zum Sonderpreis von 13 Euro. Der Versand, der unter der Nummer HRA 1561 im Handelsregister des Amtsgerichts Bad Schwartau eingetragen ist, hat sogar eine 0700er-Telefon-Nummer eingerichtet, um Aufträge entgegen zu nehmen. Die Internet-Domain des Hatestore-Versandes ist allerdings auf Walter Mangei im über 500 Kilometer entfernten Heppenheim (Südhausen) eingetragen.

■ **Weimar** – Lediglich rund 130 Neonazis demonstrierten am 20. April in Weimar. Angekündigt hatten die Veranstalter bis zu 2000 Teilnehmer. Ein Versuch der Stadt, den geplanten Aufmarsch – immerhin am Tag von Hitlers Geburtstag und in der Nähe des KZ Buchenwald – zu verbieten, war vor dem Verwaltungsgericht gescheitert. Neben Christian Worch sprachen Gerd Ittner, eine als „Ivonne aus Thüringen“ vorgestellte „Kameradin“ sowie Hartmut Wostupatsch. Außerdem ergriff als Vertreter der

„Erlebnisgeneration“ wie bereits vor einem Jahr der Weltkriegs-Jagdpilot Reinhold Leidenfrost, ein gebürtiger Thüringer, der zuletzt auch für eine Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung in München im vorigen Oktober als Redner angekündigt war, das Wort.

■ **Wewelsburg/Bochum** – Die in der Nähe von Paderborn gelegene Wewelsburg, wo Heinrich Himmler in den 30er und 40er Jahren die Reichsführerschule der SS und deren Repräsentationszentrale entstehen lassen wollte, war auch zum „Führergeburtstag“ 2003 Anziehungspunkt für Neonazis. Aus Hamm und dem Ruhrgebiet kamen die Neonazis, die sich – einem Bericht auf der Internetseite des Widerstands Hamm zufolge – dort am 19. April einquartierten, um „interessante Spuren der Vergangenheit nachzuverfolgen“ und den erhalten gebliebenen SS-Obergruppenführersaal samt „Schwarzer Sonne“ zu besichtigen. Um Mitternacht sei „einem Kameraden noch ein Geburtstagsständchen“ gebracht worden, heißt es in dem Bericht. Tags darauf trafen sich Neonazis aus dem Ruhrgebiet zu einer als „Osterfeier“ deklarierten Veranstaltung am Kemnader See bei Bochum.

Ausland

■ **Frankreich/Belgien** – Deutsche Neonazis mussten am Osterwochenende nach Frankreich und Belgien ausweichen, um in den Genuss von Skinkonzerten zu kommen. In der Nähe von Straßburg spielten am 19. April neun Bands aus den USA, Frankreich, Großbritannien, Ungarn und Deutschland, darunter „Intimidation One“, „Death Heads“, „Race War“, „Steelcapped Strength“, „Panzerjäger“ und „Spreegeschwader“. Ein für den selben Abend in der Nähe von Riedlingen geplantes Konzert, bei dem „Reichswehr“, die „Weissen Wölfe“, „White Voice“, „Act of Violence“ und eine „Überraschungsband“ auftreten sollten, fiel aus. Am 20. April standen in Belgien bei einem nach Angaben aus Internetforen von Deutschen organisierten Konzert „Oidoxie“, „Endlöser“, „Spreegeschwader“, „Thekensschlag“ und „Kfz“ auf der Bühne.

■ **Portugal (Lagos)** – Jahrelang hat der Schweizer Holocaust-Leugner Andres J. W. Studer, inzwischen 67-jährig, die Schweizer Behörden und Medien mit seinen Eingaben und Bezeichnungen eingedeckt, doch dann machte er sich – rechtzeitig – vor seinem Prozess wegen Holocaust-Leugnung aus dem Staub. Seit längerem hat er sich nun am südlichen Zipfel der iberischen Halbinsel niedergelassen, ge-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 8
Heft 09/2003 Abo 401917
Antifaschistisches Pressearchiv und
Lausitzer Str. 10
10999 BERLIN

nauer in der portugiesischen Grenzstadt Lagos. Und zumindest im kleinen Rahmen ist Studer wieder aktiv geworden. Gemäß einer Mitteilung der Störtebeker-Site kann man bei Studer das in Österreich verbotene Buch von Gerd Honsik „Schelm und Scheusal“ bestellen, eine Verleumdungsschrift über Simon Wiesenthal.

■ **Russland (Moskau)** – Angaben der russischen Nachrichtenagentur Interfax zufolge gibt es in Russland derzeit circa 15 000 Skinheads. Schwerpunkte bilden unter anderem Moskau mit 5000, St. Petersburg mit 3000 und Kaliningrad mit 1000 Glatzköpfen.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung/Vertrieb:

Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.